
ARBEITEREXISTENZ IN DER SPÄTGRÜNDERZEIT

Rezension von: Michael Mesch,
Arbeiterexistenz in der
Spätgründerzeit. Gewerkschaften und
Lohnentwicklung in Österreich
1890–1914. Hrsg. vom Ludwig-
Boltzmann-Institut für Geschichte der
Arbeiterbewegung, Materialien zur
Arbeiterbewegung Nr. 33, Wien 1984,
376 Seiten.

Über die Gewerkschaftsbewegung der Spätgründerzeit in Österreich existieren schon zahlreiche Arbeiten, es sei nur an die alten, immer noch recht brauchbaren und informativen Standardwerke von Julius Deutsch und Fritz Klenner erinnert. Michael Mesch allerdings gelingt es durch seine Spezialarbeit, der Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten des alten Reiches noch neue Facetten abzugewinnen. Methodisch von der bisher eher narrativ-institutionellen Art der Geschichtsbetrachtung gelöst, deckt er in strukturierter Betrachtungsweise den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Arbeiterlöhne und der Gewerkschaftsstrategie auf und wertet unter Anwendung mathematisch-statistischer, sozialwissenschaftlicher Methoden das vorhandene Datenmaterial erstmals aus und interpretiert es. Die statistischen Berechnungen stützen sich auf die Daten der Unfallversicherung, der Quinquennialberichte der Wiener Handelskammer (1890), sowie auf die Kollektivverträge mit den Lohnvereinbarungen der einzelnen Branchen.

In den letzten Jahrzehnten der Donaumonarchie erlebte das alte Reich eine neue Phase der industriellen Ent-

wicklung. Nach der staatlichen Tolerierung zentraler Verbände der Gewerkschaften 1892 setzten sich Industriegruppenprinzip und kronlandweise Zusammenschlüsse rasch durch, wobei sich zuerst die Facharbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden organisierten, später erst die ungelernten Arbeiter (Kapitel 6 + 7). 1893 wurde in der Gewerkschaftskommission eine koordinierende Zentralstelle gefunden. Mit der gleichzeitigen Wahrung der Streikautonomie der dezentralen Einheiten und der Schaffung dezentraler Streikfonds wurden die Voraussetzungen für Erfolge in Arbeitskonflikten geschaffen.

Mesch untersucht die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitereinkommen, sowie die Trends von Nominal- und Reallöhnen im Durchschnitt der gesamten österreichischen Reichshälfte im konjunkturellen und längerfristigen Ablauf von 1890 bis 1914. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Streikbewegungen sowie die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitereinkommen in den einzelnen Ländern Zisleithaniens in Desaggregation, sodaß das West-Ost-Gefälle deutlich erkennbar ist: die Alpenländer, Böhmen und Mähren, Schlesien und Triest weisen die höchsten Einkommen auf. Für die letzten Jahre der Monarchie kann der Autor freilich belegen, daß sich das Einkommensdifferential zwischen den Arbeiterschichten der verschiedenen Regionen verringert hat. Die Hauptursachen hiefür waren die Wanderungstendenzen innerhalb des Reiches, der zunehmende Grad der Organisation der nicht-deutschen Arbeiterschaft und die nun steigenden Anteile der Facharbeiter bei den Nationalitäten, besonders bei den Slawen.

Die im Kapitel 8 behandelten regionalen Lohnunterschiede geben wichtige Hinweise auf einen bisher unbearbeiteten Aspekt der Ursachen des Nationalitätenkonflikts.

Das Kapitel 9 beschäftigt sich mit den interindustriellen Lohnunter-

schieden und untersucht die beobachtete Konstanz der Branchenhierarchie und die Nivellierungstendenzen der branchenmäßigen Lohnniveaus.

Das Kapitel 10 befaßt sich schließlich mit der Einkommenssituation der weiblichen Arbeitnehmer in Industrie und Kleingewerbe, dem Ausmaß ihrer Diskriminierung und den Ursachen des Lohngefälles.

Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit von Mesch seien hier kurz zusammengefaßt. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften folgten den Konjunkturverläufen. 1907 erreicht der Organisationsgrad der zisleithanischen Arbeiterschaft 22,5 Prozent (in Industriezentren war der Prozentsatz natürlich viel höher, z. B. in Wien 40 Prozent). Ein starker Aufschwung seit 1904 führte in günstiger wirtschaftlicher Lage zur Verknappung der Arbeitskräfte und zu höheren Erfolgschancen bei Lohnforderungen. Die Anerkennung der Arbeitnehmerverbände als Verhandlungs- und Vertragspartner durch die Arbeitgeber in den Tarifverträgen führte zur endgültigen Sicherung der Organisation der Gewerkschaften, sodaß diese in der wirtschaftlichen Krise nach 1909 recht gut dem Widerstand der Unternehmer trotzen konnten. In der Rezession von 1908/09 waren höhere Einbußen nur bei ungelernten Arbeitern zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Streiks wurde in den 90er Jahren von beiden Seiten ein Lernprozeß durchgemacht. Anfangs bedingte die mangelnde Kommunikation, daß Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite zu wenig Informationen über das Kampfpotential des Gegners besaßen. Auch wollten die Gewerkschaften die integrative Wirkung des Streiks ausnützen. Dazu mußte noch unbedingt der Kampf um Anerkennung der Arbeiterverbände durch die Unternehmer geführt werden, die Effektivität von Streikdrohungen war unter Beweis zu stellen.

Erst in einer zweiten Phase kam es zur Ausbildung konfliktvermeidender

Strategien und zur schrittweisen Anerkennung gewisser Spielregeln in den Verhandlungen. Gewaltsame Lösungen wurden reduziert und kooperative Verhaltensweisen ausgebildet, wofür eine partielle, temporäre Interessenkongruenz verantwortlich war: die Gewerkschaften mußten nämlich im Falle einer langen Arbeitsniederlegung mit unliebsamer Ebbe in der Streikkasse rechnen; die Unternehmer wiederum waren in günstiger Wirtschaftslage an der Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse auf die Dauer des Vertrages interessiert. Im Aufschwung und in der Hochkonjunktur waren die Opportunitätskosten von Streiks für Unternehmer besonders groß, daher gaben sie Lohnforderungen der Arbeiter relativ leicht nach. Die höchste Erfolgsquote hatten die Gewerkschaften 1906/07 und 1911/12 zu verzeichnen. Gewerkschaften mit hohem Organisationsgrad und entsprechender finanzieller Ausstattung (also die Facharbeiterorganisationen) konnten wegen Angebotskontrolle der Arbeit und Durchhaltevermögen auf die besten Erfolge verweisen.

Mesch berechnet in seinem Buch auch erstmals die Nominal- und Reallohnentwicklung 1891–1913. Die Nominallohnentwicklung in den Alpenländern weist während dieses Zeitraums zwei Abschnitte hoher jährlicher Zuwachsraten auf: 1891–1895 (2,4 Prozent) und 1905–1913 (3 Prozent), sowie eine Periode geringen Zuwachses von 1896–1904 (1,3 Prozent). In der Spätgründerzeit 1895–1913 ist der durchschnittliche Nominallohn in Zisleithanien insgesamt um 55 Prozent gestiegen, in den Alpenländern um 47 Prozent.

Die Reallohnentwicklung in den Alpenländern zeichnet sich während der 90er Jahre durch relativ hohe Zuwachsraten aus (in Niederösterreich 1891–1900 durchschnittlich 2,73 Prozent pro Jahr). In der Prosperitätsperiode des letzten Vorkriegsjahrzehnts blieben im Schnitt Kaufkraftgewinne aus, doch ist es immerhin bedeutsam,

daß die relativ starken inflationären Auftriebe um 1907 kompensiert werden konnten.

Bezüglich der Durchschnittslöhne der Fabrikarbeiter standen die Alpenländer – und innerhalb derselben Niederösterreich und Steiermark – an der Spitze: 1913 erreichten die Durchschnittslöhne in Böhmen 80 Prozent, in Schlesien und Mähren 75 Prozent, in den Karpatenländern 65 Prozent und in den südlichen Ländern (Triest) 90 Prozent des alpenländischen Niveaus.

Die Rangordnung der Branchen nach Durchschnittslöhnen in Zisleithanien entsprach natürlich der interindustriellen Lohnhierarchie. An der Spitze standen die Branchen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, das Schlußlicht bildeten die Verbrauchsgüterindustrien. Wie zu erwarten, waren die weiblichen Arbeitnehmer in Industrie und Kleingewerbe hauptsächlich in arbeitsintensiven Niedriglohnbranchen konzentriert

(fast 75 Prozent in den Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelbranchen) und nahmen dort die schlechtest bezahlten und krisenanfälligsten Arbeitsplätze ein. 1914 belief sich der durchschnittliche Tageslohn von Arbeiterinnen auf 35- bis 45 Prozent des durchschnittlichen Tageslohnes von männlichen Facharbeitern, und auf 60- bis 70 Prozent von Hilfsarbeitern.

Die Arbeit von Michael Mesch untermauert mit statistischer Genauigkeit zahlreiche bisher nur qualitativ beobachtete Phänomene der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der österreichischen Arbeiterschaft. Es gelingt dem Autor dabei, in wohlthuender Kombination von traditioneller Geschichtsbetrachtung und moderner quantitativer und sozialwissenschaftlich ausgerichteteter historischer Forschung – unter Vermeidung der beiden Extreme – eine beachtenswerte Mittelstellung einzunehmen.

Franz Baltzarek